

Fünf Thesen zum Einstieg in die Diskussion

Statement zur Gesprächsrunde „Wie weiter? – Perspektiven grüner Reformpolitik“
am 04.09.2004 in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

1. Ein Bruch mit der Vergangenheit

Die Agenda 2010 und speziell Hartz IV werden von ihren Kritikern als Bruch mit dem deutschen Sozialstaatsmodell wahrgenommen. Die Regierung stellt sie als notwendige Reparatur am fortbestehenden System dar.

Doch in diesem Punkt, wahrscheinlich dem einzigen, haben die Kritiker der Reformen Recht: Es kann zwar keine Rede davon sein, dass der Sozialstaat abgeschafft wird, aber die Reformen bedeuten einen Bruch mit der Vergangenheit:

- > Sie sollen ein Strukturdefekt des Sozialstaats heilen und Schluss machen mit der eingefahrenen Praxis, dass die Kosten der Arbeitslosigkeit – über Steuern und Sozialbeiträge, aber auch durch Entmutigung und Qualifikationsverlust – zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen.
- > Erstmals seit 1973 werden die Ursachen von Wachstumskrise und Arbeitslosigkeit nicht mehr einer schlechten Konjunkturlage angelastet, sondern den Besonderheiten des "Modells Deutschland".
- > Dementsprechend werden die Maßstäbe für das, was sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch notwendig ist, nicht mehr aus der Geschichte Deutschlands bezogen, sondern aus den Erfahrungen, die in erfolgreicheren Ländern gemacht wurden (Benchmarking).

2. Handikaps der Reformpolitik

Gleichwohl krankt die Reformpolitik in Deutschland an einigen speziellen Handikaps, die die Erfolgsaussicht schmälern:

- > der sozialdemokratisch-etatistische Grundzug des Staats- und Politikverständnisses, der nicht auf eine Partei oder das Mitte-Links-Spektrum beschränkt ist, sondern ebenso sehr unter CDU- und CSU-Wählern verbreitet ist;
- > das Handikap des mittelgroßen Landes: In „kleinen“ Ländern, wie z.B. Dänemark, den Niederlanden, Österreich oder Schweden wissen die Bürger seit langem, wie sehr ihr Schicksal von „äußeren“ Bedingungen abhängt. Sie tragen der Außenabhängigkeit ihres Landes durch aufmerksame Trendbeobachtung, Mehrsprachigkeit und Innovationsbereitschaft (auch in der Sozialpolitik) Rechnung. Dagegen mögen sich die Bürger „großer“ Industrieländer, wie USA, Russland und China, einigermassen folgenlos über die faktische Bedeutung der Umwelt für ihr Wohlergehen täuschen. Das hat Nachteile, aber diese sind i.d.R. gering. Anders dagegen die „mittelgroßen“ Länder, wie Deutschland, Frankreich und Italien. Deren Bürger sind in Gefahr, den Sprachraum mit dem Horizont aller wichtigen Ereignisse und Erfolgsfaktoren zu verwechseln; sie deuten die „ausländischen“ Daten als unverbindliches Angebot, aus dem ihre Regierung nur das Angenehme auszuwählen braucht.
- > Das Handikap der strukturellen Ost-West-Diskrepanz. Die nach ausschließlich politischen Prioritäten bestimmten Konditionen der Wirtschafts- und Währungsunion haben zur raschen

Erschöpfung des Spielraums von Steuer- und Kreditpolitik geführt. Gleichzeitig haben sie hohe Erwartungen an das kurzfristig erreichbare Prosperitäts- und Wohlstandsniveau begründet. Der Umgang mit beiden Belastungen ist kostspielig in finanzieller und moralischer Hinsicht: Politiker fühlen sich gehalten, ihr Wissen über das Mögliche und das Notwendige zu verstecken.

> Diese drei Handikaps erschweren die Akzeptanz eines Institutionenwandels, den nur ein kleiner Teil der Bürger (v.a. Unternehmer und Politiker) fordert, obwohl sein Gelingen im Interesse einer großen Mehrheit der Bürger liegt. [Selbst die Inhaber eines „linken“ Weltbildes haben Schwierigkeiten, jenen Teil des Anpassungsbedarfs zu akzeptieren, der auf den erfolgreichen Aufholprozess ehemaliger Entwicklungsländer zurückgeht – etwas, das man immer erhofft und propagiert hat.]

3. Ein verändertes Parteiensystem

Wie sehr der Formwandel des Sozialstaats auf die Positionen und Wahlchancen der politischen Parteien abfärbt, kann man in Ländern studieren, die die Anpassung ihrer Institutionen an die neuen Realitäten bereits hinter sich haben. Überträgt man die Erkenntnisse der international vergleichenden Parteienforschung auf Deutschland, so steht – mit großer Wahrscheinlichkeit – Folgendes zu erwarten.

Das Parteiensystem ist von **einer neuen Spaltungslinie** unter Arbeitnehmern und Bürgern betroffen: auf der einen Seite jene, die in modernen Wettbewerbssektoren der Wirtschaft arbeiten, auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bauen und den Reform- und Liberalisierungskurs der Regierung unterstützen. Auf der anderen Seite die Beschäftigten in den staatlich geschützten Bereichen (Bergbau, Öffentlicher Dienst, neue Bundesländer) sowie die auf Transfereinkommen angewiesenen Bürger: Sie erwarten einen ungeschmälernten Fluss von Subventionen, den Ausbau öffentlicher Beschäftigung und ein hohes Steueraufkommen.

Die **SPD** ist und bleibt auf längere Sicht vom Konflikt zwischen dem traditionellen sozialdemokratischen Selbstverständnis („Der Staat sorgt für das Glück der Arbeitnehmer.“) und der Einsicht in die gewandelten Gegebenheiten betroffen. Nach der Abwanderung der konservativ und autoritär gesonnenen Arbeitnehmer zur CDU/CSU sowie vieler ostdeutscher Wähler zur PDS bestimmen v.a. die öffentlich Bediensteten das Innenleben der SPD. Dort zeichnet sich eine eigentümliche Mehrheit ab: aus Anhängern der historisch überholten Allzuständigkeit des Staates und Anhängern kulturell moderner, postmaterialistischer und autoritätskritischer Einstellungen, die dem Profil der Grünen nahe kommen. Eine regierende SPD wird also immer wieder aufs Neue die Grenzen der innerparteilichen Zumutbarkeit ausloten müssen und sich mit einem umfassenden Reformprogramm nicht wirklich anfreunden können. Ihr Reformverständnis wird weiterhin von traditionellen Tabus (z.B. einer Kapitalismus- und unternehmerkritischen Attitüde) geprägt bleiben. Dabei wird ihre Stammwählerschaft weiter schrumpfen.

Auch **CDU/CSU** werden ein Schrumpfen ihrer Stammwählerschaft erleiden. Sie haben es etwas leichter, marktfreundlich-liberale Reformen zu praktizieren und gleichzeitig ihre kulturell traditionell orientierten und autoritätsgläubigen Wählergruppen zu hofieren. Dabei werden sie allerdings auf Schwierigkeiten bei solchen Gruppen stoßen, die an einem ausgabefreudigen Staat interessiert sind: Rentner, Staatsbedienstete, Ostdeutsche. Soweit CDU/CSU als liberale Modernisierer auftreten, müssen sie entweder diesen Wählern entgegenkommen oder rechtskonservativen Parteien überlassen, denen es (in der Opposition) leichter fällt, ein Motivbündel aus Nationalismus, Autoritarismus, Globalisierungskritik und allzuständigem Staat anzusprechen.

Zur **PDS**: Solange es die Partei durchhalten kann, Regierungsverantwortung (in den Ländern) mit einer Verleugnung der Realitäten und prinzipiellem Oppositionsgestus zu kombinieren, wird sie die Koalitionsarithmetik im Osten noch längere Zeit bestimmen. (Sie profitiert wohl auch vom sozialistischen Erbe des „double speak“, d.h. der Fähigkeit, unvereinbare Positionen

ohne Identitätsschaden zu vertreten – eine allerdings knapper werdende Ressource.] Mit dem Aussterben der einstigen DDR-Staatsbediensteten gerät die Partei vor die Wahl, sich zu einer Schwesterpartei der SPD oder zur politischen Sekte zu entwickeln, die sich – wie derzeit im Westen – auf jene Wähler spezialisiert, die den Interpretationsformeln des 19. und frühen 20. Jahrhunderts anhängen.

Der **FDP** wird nach Übernahme von Teilen des Liberalisierungsprogramms durch CDU/CSU, SPD und Grüne nur wenig Eigenes bleiben: die Optionen der lokalen Honoratiorenpartei und eines nationalkonservativen Haiderismus.

Bevor der Blick auf die Grünen gerichtet wird, noch ein Wort zum **gesamten Parteiensystem**. Es ist gekennzeichnet von einer weiteren Annäherung der Grundpositionen beider Volksparteien, welche die notwendigen Reformen mit unterschiedlichen Akzenten, aber gleichem Nachdruck befürworten und betreiben (werden). Dabei müssen sich die „Großen“ jedoch stets vor mehreren Wählergruppen rechtfertigen, was sie zu ideologischem Spagat nötigt und an der Ausarbeitung klarer Reformziele hindert.

Weitere Kennzeichen der neuen Parteienlandschaft sind: schwächere Parteibindungen der Wähler, schrumpfende Stammwählerschaften und volatile (stark schwankende) Wahlergebnisse. Das Wahlverhalten einzelner Wählergruppen richtet sich stärker nach der je aktuellen Agenda und den taktischen Positionsbezügen der Parteien. Die „großen“ Parteien werden die Themen ihrer Kampagnen flexibler als bisher wählen und versuchen, ihre Wähler mit einem von Wahl zu Wahl anders zusammengesetzten Themenmenü zu gewinnen. Ihre Bindungen an Interessengruppen, Verbände und Gewerkschaften werden lockerer, was den Spielraum der Themenwahl erhöht. Mit der Einebnung klarer inhaltlicher Unterschiede wird der Parteienwettbewerb „persönlicher“ und härter.

4. Die Position der Grünen im Parteiensystem

Die Grünen haben sich und ihren Koalitionspartner durch einen ungeschmälernten, sogar zunehmenden Beliebtheitsgrad überrascht. Über die Ursachen besteht keine vollständige Klarheit. Sie reichen von der Honorierung einer Moderatorenrolle in der Regierung bis zur Bekundung von Zustimmung zu weitgehenden Reformen. Daneben ist mit einem „Bodensatz“ von diffuser Unterstützung der grünen Position in Sachen Umweltpolitik, Bürger- und Minderheitenrechte, aber auch der Präsenz des grünen Außenministers Fischer, zu rechnen.

Alles in allem ist es zulässig, die hohen Zustimmungswerte als Anerkennung seitens eines langsam wachsenden Anteils realistischer, autoritätskritischer, kulturell liberaler und kosmopolitisch orientierter Wähler zu werten, die sich von den ideologischen Brandzeichen der anderen Parteien (und ihren aus dem 19. Jahrhundert stammenden Identitätsformeln) abgestoßen fühlen. Bündnis 90/Die Grünen sind zur Zeit die einzige Partei, die sich keiner selbstinteressierten Klientel verpflichtet sieht, sich deshalb einen unideologischen Umgang mit den Reformthemen leisten kann (was nicht heißt, das sie das immer tut). Sie versteht es, sich über den längerfristigen Sinn ihrer Politikziele (Beispiel Nachhaltigkeit) zu legitimieren, und vertritt ein inklusives Politikverständnis, dem es um die Einbeziehung und die Chancen aller Teilgruppen der Gesellschaft geht.

Indem sich die Grünen prinzipiell zur gesellschaftlichen, d.h. auch staatlichen Verantwortung für diejenigen bekennen, die ihre Existenz nicht problemlos unter Marktbedingungen sichern können, bleiben sie eine „linke“ politische Kraft. Unter den „linken“ Parteien nehmen sie deutlicher denn je eine Sonderstellung ein. Denn „linke“ Parteien und Politikziele unterscheiden sich nicht mehr allein auf der Rechts-Links-Achse des Parteienwettbewerbs, sondern auch anhand weiterer Differenzen:

> hinsichtlich der Einschätzung von individueller Autonomie und Eigenverantwortung auf der einen und Staatspaternalismus auf der anderen Seite,

- > hinsichtlich des Weltverständnisses (als offen und lernfähig versus illusions- und ideologiebeladen) sowie
- > hinsichtlich der moralischen Qualität „linker“ Politik, die sich u.a. daran misst, ob universalistische Werte auch in der Praxis Geltung haben oder stets partikularistischen Interessen weichen müssen.

Wenn es die Grünen weiterhin verstehen, neben der inhaltlichen Zuständigkeit für „grüne“ Themen auch für Profilkontinuität in den Aspekten Sachgerechtigkeit, Langfristigkeit und soziale Inklusivität zu sorgen, dürften sie für ein wachsendes Wählersegment die „erste Wahl“ bleiben. Das sind insbesondere jene Wählergruppen, aus denen die Impulse für ein modernes ökonomisches und kulturelles Selbstverständnis dieses Landes kommen.

Aus dieser Diagnose ergibt sich eine Konsequenz für die Strategien der Grünen im aktuellen Parteienwettbewerb: Sie dürfen es nicht den anderen Parteien überlassen, die Zukunftsperspektive des Land zu zeichnen. Vielmehr sollen und können sie aktiv mitwirken am Bild der modernisierten Gesellschaft – als Zielpunkt des Reformprozesses und Interpretationshintergrund der einzelnen Reformschritte.

Konkret: Es gilt, das Bild einer dynamischen, von rückwärtsgewandten Denkmustern befreiten Gesellschaft zu entwerfen, welche das noch beachtliche Niveau an Solidarität und solidarischen Sicherungssystemen bewahrt und die Menschen befähigt und motiviert, ihre je eigene Position im System der Erwerbsarbeit zu finden, zu entwickeln und, falls erforderlich oder reizvoll, auch wieder zu wechseln. Die passenden Leitbegriffe hießen also: Sicherheit und Eigeninitiative, Qualifikation und Mobilität, Schrankenabbau und Durchlässigkeit.

5. Politische Rätsel, die eine erfolversprechende Reformpolitik zu knacken hätte

Die folgenden Fragen beziehen sich nicht auf die „klassischen“ grünen Themen, sondern auf solche, die auf dem Weg zu einer dynamischen und moderneren Gesellschaft geklärt werden müssen – durchaus nicht in rigider, dogmatischer Form, sondern wohlhabend mit universalistischen Werten und der Orientierung an sachgerechten, nachhaltigen und sozial verantwortbaren Lösungen. Die Fragen beziehen sich auf mögliche Optionen, die Wertschöpfung (bzw. das Sozialprodukt) zu erhöhen.

(1) Die Proteste gegen Hartz IV belegen einen Schwachpunkt der aktuellen Reformpolitik: die unzureichende Diskussion ihrer Notwendigkeit und in der Konsequenz: die mangelhafte Einsicht großer Teile der Bevölkerung.

Frage: Wenn wir davon ausgehen, dass die Agenda 2010 im wesentlichen nur Antworten auf die drängendsten Probleme der Sozialfinanzen liefert, wann und wie werden wir über die notwendigen weitergehenden Reformen – einschließlich der Ursachen des Reformbedarfs – diskutieren?

(2) Politiker aller Parteien schätzen gepflegte Ortschaften und sesshafte, heimattreue Menschen, deren politische Präferenzen stabil und berechenbar sind. Das ist aber nur der Fall, wenn die Menschen bereit sind, auf die schnöden Vorteile räumlicher und sozialer Mobilität zu verzichten. [Dementsprechend wiegen Abwanderung und die schleichende Entleerung einzelner Regionen für manche schwerer als überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und der Verlust individueller Zukunftsperspektiven.]

Frage: Warum prüfen wir dann nicht konsequent alle Möglichkeiten, wie anstelle von räumlicher Mobilität die Fähigkeit zur beruflichen Mobilität – einschließlich des Wechsels zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbsarbeit – gestärkt werden kann? – selbst wenn wir dazu die Klassifikation der Ausbildungsberufe aufgeben und jungen Menschen vorzugsweise universelle Qualifikationen vermitteln müssen.

(3) 4,5 Millionen Erwerbslose und 50 % Langzeitarbeitslose sind kein historischer Zufall, keine Folge der „schlechten“ Konjunktur, „zu hoher“ Produktivität oder einer „falschen“ Ge-

winnorientierung der Unternehmen. Sie sind auch nicht das Ergebnis „zu langer“ Wochenarbeitszeit oder „ungenügender“ Sozialpolitik, sondern die Folge einer problemgenerierenden Regelungsmechanik, an welcher die Tarifpolitik der Arbeitsmarktparteien erheblichen Anteil hat.

Frage: Wann starten wir ein Brainstorming zu den Möglichkeiten einer weiterhin „autonomen“ Tarifpolitik mit geringeren sozialen Kosten für die Gesellschaft – und erklären diese dann den Tarifparteien?

Alternativ: Wenn wir das für unzutunlich halten, sollten wir uns dann nicht an die Seite der Tarifparteien stellen und verkünden, dass auch wir die Mittel zum Abbau und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit für schlimmer halten als die Arbeitslosigkeit selbst?

(4) Aus international vergleichenden Studien der OECD (PISA u.a.) haben wir erfahren müssen, dass in Deutschland die Vermittlung von Grundfähigkeiten des Lesens, Problemlösens und der sozialen Kommunikation im Argen liegt. Die entscheidenden Weichenstellungen erfolgen im Vorschulalter der Kinder und in den ersten Schuljahren. Ihr Ergebnis hat großen Einfluss auf das Vermögen der Erwachsenen, individuelle Problemlagen zu meistern und auf wechselnde Herausforderungen des Erwerbslebens vorbereitet zu sein.

Frage: Wann werden wir also Mindeststandards der professionellen Betreuung und (vorschulischen) Bildung von Kindern als ein erstrangiges gesellschaftliches Zukunftsthema behandeln – unabhängig von formalen Zuständigkeiten im Verhältnis von Land und Bund oder Kommunen und Bildungsträgern? Oder heißt Föderalismus, die Thematisierung schwieriger Probleme den am wenigsten kompetenten Instanzen zu überlassen?

(5) Leider gibt es keinen Grund anzunehmen, dass zu jedem beliebigen Zeitpunkt ein Beschäftigungsgleichgewicht derart herstellbar ist, dass Arbeitgeber exakt die Menge und Qualität an Arbeitskraft nachfragen, die arbeitswillige Erwachsene anbieten.

Frage: Wenn man nicht einen willkürlich ausgewählten Teil der Bevölkerung zwingen will, Arbeitgeber zu sein und Arbeitskraft nachzufragen, wäre es dann nicht *sozialpolitisch* geboten, regelmäßig die Bedingungen von Unternehmertätigkeit zu überprüfen und ggf. zu modifizieren, um freiwillige Arbeitgeber zu ermutigen, mehr Arbeitskraft nachzufragen? – auch wenn das bedeuten würde, Selbstständigkeit und Unternehmertätigkeit nicht mehr als Anomalie, sondern als eine prinzipiell für jede Person in Frage kommende gesellschaftliche Rolle anzuerkennen.

Alternativ wäre zu prüfen, ob es nicht ein Menschenrecht auf Subalternität i.S. abhängiger Erwerbsarbeit geben sollte.

Ausführlicher zum Thema:

> Wahrheit und Demokratie. 'Neoliberale' Reformen als Katalysator eines neuen Parteiensystems? In: Kommune, heft 4/2004, 56-67.

> Nach der "Agenda 2010": Zur Aktualität weitergehender Reformen und den Perspektiven ökologischer Politik. In: Zwengel, Ralf (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven. Arbeitsmarkt, Ökologie und Reformpolitik, EU-Erweiterung. Jahrbuch der Hessischen Gesellschaft für Demokratie und Ökologie 2003. Essen: Klartext Verlag, 105-119.

> Ausbruch aus der Zeitschleife? Das Ende des Modells Deutschland, der Egoismus der Gewerkschaften und die Chancen des grünen Reformmotors. In: Kommune, heft 3/2003, 56-66 und 83-84.

>> Download-Links unter <http://www.hwiesenthal.de/downloads>. <<